

## Die Frage von echt und falsch: Staatliches Religionsbüro beaufsichtigt die Ausgabe von Ausweisen für religiöse Amtsträger

Am 14./15. Januar 2016 fand ein landesweites Treffen der Religionsbürodirektoren in Beijing statt, auf dem das Staatliche Büro für religiöse Angelegenheiten (BRA) seinen Arbeitsbericht für 2015 und seine Pläne für 2016 vorstellte. In diesem Zusammenhang berichtete das chinesische Staatsfernsehen CCTV (laut einem chinesischsprachigen Beitrag der katholischen Nachrichtenagentur UCAN vom 22. Januar), dass die Ausgabe von Ausweisen für buddhistische religiöse Amtsträger 2015 voll in Gang gekommen sei. Dabei habe man Erfahrungen mit dem Einholen und Überprüfen von Informationen sowie mit der Vergabe von Seriennummern gesammelt. Der Plan des BRA für 2016 sehe vor, so der Bericht weiter, dass bis Jahresende nun auch die Chinesische daoistische Vereinigung und die Chinesische katholische patriotische Vereinigung und [offizielle] Bischofskonferenz den ihnen unterstehenden religiösen Amtsträgern entsprechende Ausweise ausstellen sollen.

Ausweise für religiöse Amtsträger sind seit 2006 in den vom BRA erlassenen „Maßnahmen zur Akteneintragung religiöser Amtsträger“ vorgesehen; dort heißt es in § 8: „Nach Abschluss des Verfahrens für die Akteneintragung religiöser Amtsträger [bei den staatlichen Religionsbehörden, die nach § 7 die Akteneintragung unter bestimmten Umständen auch verweigern können] stellt die religiöse Organisation dem religiösen Amtsträger einen Ausweis für religiöse Amtsträger aus. Wer keinen Ausweis für religiöse Amtsträger erworben hat, darf nicht in der Eigenschaft als religiöser Amtsträger religiöse Angelegenheiten und Aktivitäten durchführen.“ Offenbar hat man es aber bisher mit der Umsetzung dieser Bestimmung nicht überall so ernst genommen.

**Katholische Reaktionen.** Priester Li Rongpin, der Leiter des katholischen Verlags *Faith Press* in Shijiazhuang, sagte zu UCAN, selbst in der offiziellen Kirche hätte ein Großteil der Priester keinen solchen Ausweis. Man brauche ihn auch gar nicht, außer wenn man auswärts in einer anderen Diözese arbeite und die dortigen Behörden den Ausweis sehen wollten. Priester „Ruowang“ aus dem offiziellen Teil der katholischen Kirche in Nordchina äußerte gegenüber UCAN die Ansicht, die Benutzung von religiösen Amtsträgerausweisen sei der katholischen Kirche schwer aufzuzwingen; wer würde sie benutzen? Wenn die Regierung die Priester in der offiziellen Kirche einer strengen Kontrolle unterwerfe, würden diese genötigt, in den „Untergrund“ zu wechseln, und dann hätte die Regierung noch mehr Är-



Links: Katholischer Ausweis für Ordensschwestern (aus dem Jahr 2013). Rechts: Ausweis für buddhistische religiöse Amtsträger, gedruckt von der Chinesischen buddhistischen Vereinigung (Abb.: globaltimes.cn). Beide Ausweise sind weinrot mit goldenem Prägedruck und ähneln einem chinesischen Reisepass.

ger. – Einige Priester und Schwestern haben in den letzten Jahren bereits Ausweise bekommen, die von der (offiziellen) Chinesischen Bischofskonferenz gedruckt und von der Kommission für kirchliche Angelegenheiten der jeweiligen Provinz ausgestellt wurden.

**Überraschend kontrovers** stellte die *Global Times* das Thema dar. Sie erscheint unter dem Dach der Parteizeitung *Renmin ribao* und wird in westlichen Medien oft als „nationalistische Boulevardzeitung“ bezeichnet. Zwar lautet die Überschrift ihres Artikels vom 13. Februar 2016 „Monks rebuff allegations that religion is under tighter control“ und es kommen darin Vertreter des Buddhismus und der Chinesischen Anti-Kult-Vereinigung zu Wort, die die Ausweise begrüßen. Der Beitrag gibt aber auch Raum für abweichende Meinungen. So zitiert er die kritischen Worte von Priester „Ruowang“ aus UCAN und einen Beijinger Buddhisten, der erklärt, die Unterscheidung zwischen echt und falsch hänge nicht von einem Ausweis ab, sondern vom religiösen Wissen und den Predigten eines Priesters; einen Ausweis könne man zudem fälschen oder durch Korruption erlangen. Auch die pessimistische Einschätzung von Liu Peng, Direktor des Pushi Institute for Social Sciences in Beijing, das sich mit Religionsgesetzgebung befasst, wird wiedergegeben. Dieser sagte zu *Global Times*: „Der Ausweis wird ein Werkzeug für die Regierungsbeamten werden, mit dem sie leicht gegen diejenigen Religionsausübenden ein Veto einlegen können, die ihnen nicht gefallen.“ *Global Times* widmet sich auch dem Thema, dass [chinesischen Medienberichten zufolge] in den letzten Jahren viele betrügerische falsche „Lebende Buddhas“ aufgetaucht seien [chin. *huofo* 活佛, tibet. *tulku*, d.h. als Reinkarnationen ihrer Vorgänger identifizierte Meister im tibetischen Buddhismus]. Die

Zeitung zitiert einerseits Stimmen, die daraus die Notwendigkeit einer stärkeren Kontrolle ableiten. Sie schreibt aber auch, der Tibetologe Jiangbian Jiacao habe im Dezember in einem Beitrag auf seinem Weibo-Account vorgeschlagen, dass die Tempel und die buddhistischen Würdenträger mehr Mitsprache bei der Identifizierung von Reinkarnationen haben sollten. Jiangbian Jiacao habe gesagt, es gebe Beobachtungen, dass einige Lebende Buddhas, die offiziell [d.h. von den Behörden] anerkannt sind, frech Liebe und Geld erschwindeln, Buddhastatuen stehlen und Kulturgüter schmuggeln, so das Blatt.

**Debatte um die Verantwortung für das Phänomen „falscher Lebender Buddhas“.** Damit deutete die *Global Times* nur kurz eine größere Auseinandersetzung an. Der Tibetologe und ethnische Tibeter Jiangbian Jiacao von der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, Jahrgang 1938, hatte nämlich am 12. und 13. Dezember 2015 in zwei längeren Texten auf seinem Weibo-Account zwei hochrangige Politiker, Ye Xiaowen und Zhu Weiqun, beschuldigt, selbst für die Korruption im tibetischen Buddhismus verantwortlich zu sein. Die Texte erschienen *UCAN* zufolge auf dem Weibo-Account des Tibeters, von dem sie am 18. Dezember entfernt wurden (sie sind aber auf anderen Seiten, z.B. der der tibetischen Autorin Tsering Woesser, noch zugänglich und werden im Folgenden von dort zitiert).

Vorausgegangen war ein Skandal, der Ende November 2015 in den chinesischen Netzwerken offenbar hohe Wellen schlug. Darin ging es um einen angeblichen Lebenden Buddha namens Baima Aose (ein Han-Chinese), der den bekannten chinesischen Schauspieler Zhang Tielin in Hongkong als Lebenden Buddha inthronisiert haben soll. Der Vorfall veranlasste Zhu Weiqun, der früher in der Einheitsfrontabteilung der Partei u.a. für Tibetfragen zuständig war und heute die Kommission für ethnische und religiöse Angelegenheiten der Politischen Konsultativkonferenz leitet, am 5. Dezember im Staatsfernsehen CCTV Stellung zu beziehen. Zhu erklärte dort, einige Leute gäben sich fälschlich als Lebende Buddhas aus, um Menschen in Zentral- und Ostchina, die Interesse am tibetischen Buddhismus haben, zu betrügen. Ein Teil des ergaunerten Geldes brächten sie nach Tibet zurück, um dort gesetzwidrige oder gar separatistische Aktivitäten zu unterstützen; sie seien damit eine potentielle Bedrohung der nationalen Sicherheit. Drei Tage später, am 8. Dezember, rief Ye Xiaowen, Direktor des BRA von 1995 bis 2009, in *Huanqiu shibao* (*Global Times*, chinesische Ausgabe) zum entschiedenen Vorgehen gegen falsche Reinkarnationen auf.

Diese beiden Politikerstatements stellte Jiangbian Jiacao in seinen beiden Beiträgen nachdrücklich in Frage. Zhu warf er vor, alle Probleme in den Separatismus-Topf zu werfen, um von der eigenen Verantwortung abzulenken. Noch schärfer sind Jiangbian Jiacuos Vorwürfe gegen Ye Xiaowen: Dieser sei auf den originellen Gedanken verfallen, „Lebende-Buddha-Ausweise“ auszustellen [in § 10 der

„Verwaltungsmaßnahmen für die Reinkarnation Lebender Buddhas des tibetischen Buddhismus“, die Ye 2007 als BRA-Direktor erließ und die festlegen, dass Reinkarnationen des tibetischen Buddhismus von den Behörden genehmigt und bestätigt werden müssen]. Dies sei die Ursache für die vielen falschen *tulkus*. Denn wer lege fest, wer ein echter Lebender Buddha ist? Nicht die Klöster, die hohen Lamas, die buddhistischen Würdenträger oder die gewöhnlichen Mönche und Nonnen, sondern die Religionsbehörden, die die Reinkarnationen genehmigen und die Ausweise ausstellen. Dies habe zu Chaos und Korruption geführt. Ein Verkauf von Lebender-Buddha-Ausweisen habe eingesetzt und die Religionsbüros auf den verschiedenen Ebenen seien zu Auktionshäusern geworden, mit Ye Xiaowen als oberstem Boss. In den Medien werde es so dargestellt, dass derjenige ein „echter“ Lebender Buddha sei, der einen „Lebenden Buddha-Ausweis“ habe. Das stimme nicht, schreibt Jiangbian Jiacao, ein solcher Ausweis beweise gar nichts.

Wie auch immer die Anschuldigung zu bewerten ist, es gebe viele „falsche“ *tulkus* – offenbar ist es den chinesischen Behörden, auch angesichts der zunehmenden Beliebtheit des tibetischen Buddhismus unter Han-Chinesen, daran gelegen, die Deutungshoheit darüber zu behalten, wer als echter *tulku* (mit Ausweis) gelten darf. Dazu ging am 18. Januar 2016 auf der staatlichen Website *Zhongguo Xizang wang* (*China Tibet Online*) ein „Nachschlagesystem für Lebende Buddhas“ online (<http://hf.tibet.cn>). *Xinhua* zufolge soll es der „Überprüfung der Authentizität Lebender Buddhas“ dienen, um zu verhindern, dass Gläubige durch falsche Lebende Buddhas betrogen werden. Übrigens meldete die *Beijing qingnian bao* Anfang März 2016, dass Ye Xiaowen zum Vizedirektor der Kommission für Literatur, Geschichte und Studium der Politischen Konsultativkonferenz ernannt wurde; da er in der Meldung als „ehemaliger“ Parteisekretär des Zentralinstituts für Sozialismus bezeichnet wird, hatte er diesen Posten, den er ab 2009 innehatte, offenbar kurz zuvor abgegeben.

**„Es ist vermutlich am besten, erfahrene und respektierte Mitglieder einer Religion die besten Lösungen für Probleme in ihrer Religion entwickeln zu lassen“**, zitierte *Global Times* in dem oben besprochenen Artikel vom 13. Februar den bekannten Tibetologen Robert Barnett (Columbia University, New York). Diese Maxime ließe sich nicht nur auf die geistlichen Führer des tibetischen Buddhismus anwenden. Die Frage ist, wie viel Selbstbestimmung und Organisation nach dem jeweils eigenen Selbstverständnis der chinesische Staat den Religionen erlauben will. Auch bei den Verhandlungen zwischen China und dem Vatikan beispielsweise geht es im Kern darum, ob Kirche oder Staat das letzte Sagen bei den Bischofsernennungen haben. Die letzte Verhandlungsrunde am 25./26. Januar 2016 in Rom scheint noch keine Lösung für dieses Problem ergeben zu haben (siehe die „Chronik“ in dieser Nummer). Ein ungewöhnlicher Vorgang mit Hinblick auf das ebenfalls unge-

löste Problem der beim Staat nicht registrierten protestantischen Hauskirchen wurde erst jetzt bekannt: Im Juni 2015 soll nach Angaben der evangelikalen Lausanner Bewegung ein diskretes Treffen zwischen der politisch mächtigen Nationalen Sicherheitskommission Xi Jinpings und einer Gruppe von landesweit anerkannten Hauskirchenführern in Beijing stattgefunden haben. Die Regierungsvertreter hätten sich u.a. nach Größe der Hauskirchen, Unterschieden zu den Drei-Selbst-Kirchen, einheimischer Theologie und sozialer Verantwortung erkundigt und nach Vorschlägen für die Legalisierung der Hauskirchen gefragt. Ein beteiligter Hauskirchenführer äußerte später, er habe den Eindruck gewonnen, auf oberer Regierungsebene wolle man das Problem lösen – heißt es in dem Artikel von David Ro in *Lausanne Global Analysis* (Januar 2016), der den passenden Titel „China's Conflicting Signals“ trägt.

Eigentlich hätte Ende 2015 eine nationale Konferenz zur Religionsarbeit einberufen werden sollen, wie Chen Zongrong, einer der Vizedirektoren des BRA, am 10. November 2015 in einer Rede vor Religionsbeamten in Dali angekündigt hatte. Diese hat jedoch bisher nicht stattgefunden. In dem UCAN-Beitrag vom 22. Januar wurde die Vermutung geäußert, dies sei darauf zurückzuführen, dass sich die verschiedenen Behörden über den Umgang mit religiösen Angelegenheiten nicht einig seien.

Katharina Wenzel-Teuber

**Quellen:** „天主教教職人員證書頒發年內完成，神父稱作用不大“ (Die Ausgabe von Ausweisen für katholische religiöse Amtsträger soll innerhalb des Jahres abgeschlossen werden, Priestern zufolge spielen sie keine große Rolle), china.ucanews.com 22.01.2016; Huang Jingjing, „Monks rebuff allegations that religion is under tighter control“, *Global Times* 13.02.2016, www.globaltimes.cn/content/968237.shtml; „全国政协民宗委：假活佛现象可能危害国家安全“ (Kommission für ethnische und religiöse Angelegenheiten der Chinesischen Politischen Konsultativkonferenz: Das Phänomen der falschen Lebenden Buddhas bedroht möglicherweise die nationale Sicherheit), *Jinghua shibao* 6.12.2015, http://news.xinhuanet.com/politics/2015-12/06/c\_128502353.htm; Ye Xiaowen 叶小文, „“活佛转世”也要打假“ (Man muss auch gegen Fälschungen bei der „Reinkarnation Lebender Buddhas“ vorgehen), *Huanqiu shibao* 8.12.2016, http://opinion.huanqiu.com/1152/2015-12/8122979.html; Jiangbian Jiacao 降边嘉措, „叶小文现象批判 — 评叶小文: “活佛转世”也要打假“ (Kritik am Phänomen Ye Xiaowen – Kommentar zu Ye Xiaowens „Man muss auch gegen Fälschungen bei der ‚Reinkarnation Lebender Buddhas‘ vorgehen“), 12.12.2015, und ders., „朱维群同志应该把话说清楚 — 评朱维群同志对央视记者的谈话“ (Genosse Zhu Weiqun soll sich klar ausdrücken – Kommentar zu Genosse Zhus Gespräch mit Journalisten des CCTV), 13.12.2015 – diese beiden Artikel erschienen Medienberichten zufolge ursprünglich auf Jiangbian Jiacos Sina Weibo Account, hier zitiert nach http://woeser.middle-way.net/2015/12/blog-post\_14.html und http://woeser.middle-way.net/2015/12/blog-post\_15.html; David Ro, „China's Conflicting Signals“, in: *Lausanne Global Analysis* Januar 2016, www.lausanne.org/content/lga/2016-01/chinas-conflicting-signals. Weitere Quellen: *AsiaNews* 19.12.2015; *Beijing qingnian bao* 1.03.2016 (nach news.xinhuanet.com); *China Daily* 8.12.2015; china.ucanews.com 24.02.2016; english.cri.cn 7.12.2016; *Global Times* 31.08.2014; sara.gov.cn 20.11.2015; 15.01.; 3.03.2016; *South China Morning Post* 19.01.2016; thepaper.cn 22.02.2016; UCAN 18.12.2015; 22.01.; 23.02.2016; *Xinhua* 18.01.2016. – Deutsche Übersetzungen der genannten BRA-Rechtsvorschriften für die Akteneintragung religiöser Amtsträger und die Reinkarnation Lebender Buddhas in *China heute* 2007, Nr. 1-2, S. 31f.; Nr. 6, S. 220f., sowie auf www.china-zentrum.de.

## Konferenzen

### „2015 Catholic Study Forum“ in Beijing

Am 19. Dezember 2015 fand das „2015 Catholic Study Forum“ (2015 天主教研究论坛) in Beijing statt, das gemeinsam vom Institute of World Religions (世界宗教研究所) und dem Center for the Study of Christianity (基督[宗]教研究中心) gesponsert sowie vom Department of Christian Studies (基督宗教研究室) des Institute of World Religions organisiert wurde. Diese drei Institutionen befinden sich alle unter dem Dach der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften.

Das Forum stellte die erstmalige Initiative dar, Personen aller vier Bereiche, und zwar des politischen, religiösen und akademischen Bereichs sowie der Medien, in einen gemeinsamen Dialog und Austausch von Informationen, Beobachtungen und Erkenntnissen zu bringen. Daher setzten sich die mehr als vierzig Teilnehmer aus Vertretern der Einheitsfrontabteilung des Zentralkomitees der KPCh, des Staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten, von staatlichen Medien wie *China Religion* (中国宗教) und *China Ethnic News* (中国民族报), aus Forschern

von verschiedenen akademischen Instituten und Universitäten wie auch aus Repräsentanten der katholischen Kirche zusammen. Obwohl der Großteil der Teilnehmer Forscher und Universitätsprofessoren waren, unter denen es nicht an bekannten Wissenschaftlern wie Zhuo Xinping 卓新平, Yan Kejia 晏可佳, Xu Yihua 徐以骅, Wang Xiaochao 王晓朝, Li Tiangang 李天纲 und Kang Zhijie 康志杰 fehlte, ist es erwähnenswert, dass ebenso sieben Teilnehmer aus der katholischen Kirche präsent waren, inklusive zwei Schwestern der Diözese Beijing. Es gab eine bemerkenswerte Präsenz junger Wissenschaftler, von denen einige erst in den letzten beiden Jahren ihr Promotionsstudium im Ausland abgeschlossen hatten.

Das Forum wurde durch ein Grußwort von Zhuo Xinping, dem Leiter des Institute of World Religions, eröffnet, der unter anderem die Wichtigkeit der Erforschung der gegenwärtigen Situation der katholischen Kirche in China betonte. Er hob die Einzigartigkeit der katholischen Kirche in China und die Thematik der „Sinisierung“ (中国化) der



katholischen Kirche hervor. Ein interessanter Punkt: Bei der Implementierung des Prinzips „Unabhängigkeit und Selbstverwaltung“ (独立自办) sei es unmöglich, alle Beziehungen zu den katholischen Würdenträgern in der Welt zu kappen. Man müsse die Interaktion mit der katholischen Hierarchie erlauben und dies erfordere großes Wissen, das sich auf ausgiebige Forschung stützen müsse.

Das Forum selbst umfasste drei Sitzungsrunden und den rund 30 Referenten wurden jeweils 10 Minuten eingeräumt. Am Ende jeder Sitzungsrunde gab es 15 Minuten freie Diskussion. Da dieses Forum nicht als streng akademische Konferenz mit vorher festgelegten Themen und der Anforderung von Beiträgen gedacht war, waren die Vorträge recht frei und spontan. Trotz der Vielseitigkeit der Ausführungen können sie im Allgemeinen grob den folgenden Kategorien zugeteilt werden: geschichtsbezogene Forschung, sino-vatikanische Beziehungen / Sinisierung, persönliche Berichte und Beobachtungen.

In der ersten Kategorie sind verschiedene Projekte und persönliche Studien erwähnenswert. Liu Zhiqing 刘志庆 von der Anyang Normal University präsentierte sein Befragungsprojekt zur Geschichte und gegenwärtigen Situation aller katholischen Diözesen (中国天主教教区的历史沿革与现状研究), das mehr als 600.000 Schriftzeichen auf 690 Seiten umfasst. Wenn alles gut geht, könnte ein Teil dieser Forschung demnächst veröffentlicht werden. Ein anderes eindrucksvolles Projekt wurde von einem jungen Professor namens Zeng Zhihui 曾志辉 von der Guangdong University of Finance and Economics durchgeführt, der die letzten 10 Jahre darauf verwendet hat, die Geschichte der Diözese Anlong in den abgelegenen Gebieten der gebirgigen Provinz Guiyang durch Sammlung von Zeugenberichten wie auch von zahllosen religiösen Gegenständen nachzuzeichnen. Schließlich teilte Zhu Xiaohong 朱晓红 von der Fudan University ihre Erfahrungen aus Begegnungen mit einigen Untergrundkatholiken in Shanghai, die große Verluste und Qualen beginnend mit dem „Vorfall des 8. Septembers“ (九八事件) im Jahr 1955 erlitten hatten [an jenem Abend wurden Hunderte von Priestern, Ordensschwestern und Laien aus der Diözese Shanghai verhaftet, unter ihnen der Bischof und spätere Kardinal Gong Pinmei].

Ausführungen zu den sino-vatikanischen Beziehungen wie auch zum Sinisierungsprozess kamen in erster Linie von den Regierungsbeamten oder Vertretern der Wissenschaft. Generell zeigten sie eher die Herausforderungen und Probleme auf als Lösungen und konkrete Vorschläge. Gleichwohl rief Liu Jinguang 刘金光, Verlagsleiter der Zeitschrift *China Religion*, dazu auf, eine Theologie der Harmonie (和谐神学) – vergleichbar mit der lateinamerikanischen Befreiungstheologie und Koreas Min-Jung-Theologie – als einen speziellen chinesischen Beitrag zu den katholischen Theologien zu entwerfen und aufzubauen.

Die persönlichen Berichte von Forschungsprojekten oder Beobachtungen sind naturgemäß sehr unterschiedlich. Dennoch ist es erwähnenswert, dass die Sprecher aus

der katholischen Kirche einige gemeinsame Anliegen aufzeigten, die sich völlig von den anderen unterschieden. Im Großen und Ganzen ist der Terminus „Theologie“ wiederholt genannt worden, und die Sorgen und Befürchtungen bezüglich seiner sensiblen Natur in der Öffentlichkeit wurden ebenfalls zum Ausdruck gebracht. In ähnlicher Weise wurde auch darauf hingewiesen, dass Bibelwissenschaft ebenso ein schwacher Punkt ist, sowohl innerhalb als auch außerhalb der katholischen Kirche. Schließlich gab es Klagen über das Fehlen eines „katholischen“ Beitrags im katholischen Forschungsfeld, die auch von einigen „außenstehenden“ Wissenschaftlern geteilt werden. Ein Problem im Besonderen ist, dass der Mehrheit derjenigen, die akademische Grade durch ein Studium in Übersee erworben haben, administrative und seelsorgerische Aufgaben übertragen werden und sie sich daher nicht an wissenschaftlichen Aufgaben beteiligen können.

Alles in allem ist das eintägige Forum ein großer Erfolg gewesen. Wie einer der Organisatoren, Liu Guopeng 刘国鹏 vom Institute of World Religions, in der Schlussbemerkung sagte, war die „Abwanderungsrate“ während des Forums eine der geringsten, die er jemals erlebt hatte. Der Veranstalter äußerte die Hoffnung, ein weiteres solches Forum im kommenden Jahr zu organisieren, das idealerweise einen bedeutenden Beitrag zur Weiterentwicklung künftiger Katholizismusforschung in Festlandchina leisten werde.

Dominic Niu

Übersetzt aus dem englischen Manuskript von Eveline Warode

## Konferenz „Die Ausbreitung des westlichen Denkens und die Übersetzung der konfuzianischen Klassiker“ in Kanton

Vom 6. bis 8. November 2015 fand an der Sun Yatsen University (Kanton/Guangzhou) die Konferenz „Die Ausbreitung des westlichen Denkens und die Übersetzung der konfuzianischen Klassiker“ (Xixue dongjian yu Rujia jingdian fan-yi 西学东渐与儒家经典翻译) statt. Der Organisator der Konferenz war Thierry Meynard SJ, selber einer der besten Experten auf dem Gebiet der Übersetzungsarbeit, die in China im 17. Jahrhundert von den Jesuiten geleistet wurde. Meynard hat bekanntlich letztes Jahr die kommentierte Neuausgabe von Matteo Riccis Katechismus *Tianzhu shiyi* 天主實義 (Die wahre Lehre über den Herrn des Himmels) beim Shangwu-Verlag (Commercial Press) herausgebracht, hat in Paris auch eine französische Übersetzung des *Tianzhu shiyi* publiziert und sich durch viele andere Studien in diesem Feld profiliert. Er organisiert auch das Projekt „Studien zu Aristoteles in China“. Unterstützt wurde die Konferenz vom französischen und vom belgischen Konsulat in Guangzhou sowie von der Fondazione Prospero Intorcetta – Cultura Aperta (Sizilien, Italien).

Nach der formellen Eröffnung und dem obligatorischen gemeinsamen Foto machten zwei Frauen den Beginn: Luisa Paternico und Isabelle Landry-Deron. Luisa Paternico von der Università degli Studi Internazionali di Roma analysierte den Beitrag von Prospero Intorcetta SJ zur Übersetzung der konfuzianischen Bücher im einflussreichen lateinischen Werk *Confucius Sinarum Philosophus*, das 1687 in Paris erschien. Sie analysierte u.a., wie in verschiedenen Übersetzungsversionen das chinesische Wort *junzi* 君子 mit *vir perfectus, absolutae virtutis princeps, bonus princeps* oder *rex probus* wiedergegeben wurde.

Der Vortrag von Isabelle Landry-Deron von der École des Hautes Études en Sciences Sociales (Paris) zeigte, wie nach der Veröffentlichung von *Confucius Sinarum Philosophus* ein großes Interesse an China wuchs, zumindest in Frankreich. Mit dem Fortschritt der Drucktechnik im 18. Jahrhundert wurde auch damit begonnen, chinesische Schriftzeichen in den Text einzufügen. 1813 erschien dann endlich, auf Anregung von Napoleon, das erste große Chinesisch-Französische Wörterbuch von de Guignes.

Danach folgte eine Studie von Yoshitsugu Igawa (University of Tsukuba, Japan), der den Einfluss der Aufklärung auf das Denken der Jesuiten betonte. Der Titel seines Vortrags lautete: „Die Weltsicht und die Sicht der Religion im Kommentar von Zhang Juzheng – die Toleranz der Jesuiten und die Antwort der Aufklärer“.

Huang Meiting (Monumenta Serica Sinological Research Center, Fu Jen Catholic University, Taipei) sprach über die Interpretation des konfuzianischen Ausdrucks *zhi shan* 至善 („das höchste Gut“) durch die Jesuiten: er wurde mit *summum bonum* wiedergegeben.

Zou Zhenhuan (Geschichtsabteilung der Fudan University), der für seine akribische Forschung bekannt ist, referierte zur Übersetzung des Wortes „Giraffe“ ins Chinesische. Im Jahr 1414 wurde erstmals eine Giraffe als Tributargeschick an den chinesischen Kaiserhof gesendet, damals wurde das Tier mit *qilin* 麒麟 (das Einhorn in der chinesischen Mythologie!) übersetzt. Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kamen viele neue Übersetzungen für das eigenartige Tier auf. Die heutige Version (*changjinglu* 长颈鹿, „Hirsch mit dem langen Hals“) stammt vom deutschen Missionar Karl Gützlaff (1803–1851).

Leopold Leeb von der Renmin University hielt darauf einen Vortrag zu Luigi Buglio, der um 1650 in Peking die *Summa theologiae* von Thomas Aquinas übersetzt hat. In diesem Werk hat Buglio auch eine Reihe von rechtswissenschaftlichen Fachwörtern erfunden. Leeb betonte das Fehlen der Rechtswissenschaft in China und legte den Finger auf den großen Unterschied zwischen der chinesischen konfuzianischen Tradition und dem westlich-lateinischen Rechtsdenken. Sein Vortrag rief daher auch lebhaftes Diskussion und Widerspruch hervor.

Einer der aktivsten Förderer der Studien zu den Übersetzungen der Missionare in China, Zhang Xiping von der Fremdsprachenuniversität in Beijing, präsentierte eine Stu-

die, diesmal zu Michele Ruggieri (1543–1607), der Zhangs Ansicht nach zu Unrecht im Schatten Riccis steht, war er doch der erste Missionar, der die kurze Schrift *Daxue* 大學 (Das Große Lernen) ins Lateinische übersetzte.

Zu einem ähnlichen Thema (Ruggieris Übersetzungen der konfuzianischen Schriften) referierte auch Wang Huiyu (Sun Yatsen University). Nach ihrer Analyse versuchte Ruggieri, das konfuzianische *ren* 仁 mit *pietas, caritas* und *amor* zu übersetzen.

Meynard selbst analysierte die Unterschiede der lateinischen Übersetzungen von Ruggieri und Ricci und den Einfluss auf spätere Werke, wie *Sapientia Sinica* (1662), *Sinarum Scientia Politico-Moralis* (1667–1669) und *Confucius Sinarum Philosophus* (1687). Er verglich, wie dieselben chinesischen Textpassagen auf unterschiedliche Weise wiedergegeben wurden, und kam zu folgenden Ergebnissen: die Religion des alten China wurde anfänglich als Götzenverehrung bezeichnet, dann aber als Eingottglaube („Religion of ancient China: from idolatry to monotheism“). Konfuzius war in den früheren Übersetzungen eine ambivalente Figur, im Werk von 1687 wird er aber als jemand präsentiert, der immer tiefen Respekt vor Göttern und Geistern (*guishen* 鬼神) hatte. Meynard resümiert: „Confucius: from ambiguity to sainthood“ („von Ambivalenz zu Heiligkeit“).

Tian Shufeng, der seine zehnjährigen philosophischen Studien in Deutschland beendet hat und jetzt an der Beijing Normal University unterrichtet, hielt einen Vortrag, in dem er die aristotelische Schrift *De anima* und das chinesische Buch *Lingyan lishao* 靈言蠡勺, das 1624 unter Mitwirkung von Xu Guangqi verfasst wurde, verglich.

Insgesamt muss gesagt werden, dass die Konferenz in einer sehr akademischen Atmosphäre gehalten wurde. Fast alle der 14 Vortragenden waren Experten in ihrem Gebiet. Einerseits kann man dem Organisator zu seiner Leistung gratulieren: er hat es geschafft, mehrere chinesische Forscher auf das Gebiet der frühen Übersetzung der Jesuiten zu locken. Wenn auch die Sprachkenntnisse (Latein) der chinesischen Teilnehmer im Allgemeinen zu wünschen übrig lassen, so sind doch viele an dem Thema der Übersetzung interessiert, und sie scheuen sich nicht, lateinische Wörter in den chinesischen Text einzufügen. Andererseits stellt sich die Frage, ob nicht diese allzu wissenschaftliche Befassung mit frühen Manuskripten und mit Textvergleich etwas zu weit von der heutigen chinesischen Realität entfernt ist.

Ein ganz wichtiger Aspekt war wie bei jeder Konferenz der Aufbau von Kontakten zwischen den Forschern und Lehrern, und der gelang wohl sehr gut, vor allem beim abendlichen Empfang im belgischen Konsulat von Guangzhou, wo bei Lasagne und belgischem Bier neue Freundschaften geschlossen wurden.

Leopold Leeb

## Chronik zu Religion und Kirche in China 10. November 2015 bis 24. März 2016

Die „Chronik zu Religion und Kirche in China“ erscheint seit Anfang 2010 regelmäßig in den Informationen von China heute. Da manche Nachrichten (der Redaktion) erst später bekannt werden, kann es zu Überschneidungen zwischen den Chroniken kommen, wobei jeweils in der vorangegangenen Nummer bereits erwähnte Ereignisse nicht noch einmal aufgeführt werden. Alle Chroniken finden sich auch online auf der Website des China-Zentrums ([www.china-zentrum.de](http://www.china-zentrum.de)). – Der Berichtszeitraum der letzten Chronik (2015, Nr. 4, S. 219-225) reichte bis einschließlich 30. November 2015.

10. November 2015:

### Vizedirektor des Staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten (BRA) kündigt nationale Konferenz zur Religionsarbeit an

Chen Zongrong, einer der Vizedirektoren des BRA, sagte bei einem Treffen von Religionsbeamten aus allen Provinzen Chinas in der Stadt Dali, dass die zentralen Behörden [von Partei und Staat] planen, in diesem Jahr [d.h. 2015] eine nationale Konferenz zur Religionsarbeit abzuhalten. Derzeit sei man dabei, die „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ zu revidieren. Im kommenden Jahr [2016] werde es die Hauptaufgabe in der Religionspolitik sein, den Geist der nationalen Konferenz zur Religionsarbeit und die revidierten „Vorschriften“ zu verbreiten ([sara.gov.cn](http://sara.gov.cn) 20.11.2015). – Solche nationale Religionskonferenzen dienen der Ausrichtung der Religionspolitik, die angekündigte Konferenz hat allerdings bislang (Stand Ende März 2016) nicht stattgefunden. Siehe auch den Beitrag in den Informationen dieser Nummer.

8. Dezember 2015:

### Papst Franziskus öffnet die Heilige Pforte des Petersdoms zum „Jahr der Barmherzigkeit“ – große Beteiligung in China

In der katholischen Kirche Festlandchinas ist das Echo auf das von Papst Franziskus ausgerufenen Heilige Jahr sehr groß – in den Gemeinden im „Untergrund“ ebenso wie in der staatlich anerkannten offiziellen Kirche. In vielen Diözesen wurden Hirtenbriefe aus diesem Anlass geschrieben und feierlich Heilige Pforten geöffnet (siehe die Impressionen in der Dokumentation). Gemeinden studierten die Bulle „*Misericordiae vultus*“, mit der der Papst im April



Öffnung der „Pforte der Barmherzigkeit“ an der Kathedrale von Tangshan (Hebei) am 13. Dezember. Foto: [chinacatholic.org](http://chinacatholic.org).

2015 das außerordentliche Heilige Jahr ankündigte, und planten weitere Aktivitäten für das Jahr. – Zur Botschaft der Barmherzigkeit und der Kirche in China siehe auch den Beitrag von Paul Han in den Themen dieser Nummer.

23. Dezember 2015:

### Leitung der Chinesischen islamischen Vereinigung tagt – BRA fordert „Festhalten an der Sinisierung“

Auf der 3. Sitzung des 9. (erweiterten) Ständigen Ausschusses der Chinesischen islamischen Vereinigung (CIV) – des offiziellen Dachverbands der Muslime in China – sprach auch Jiang Jianyong, Vizedirektor des Staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten. Er nannte als aus Sicht des Staates wichtige Arbeitsfelder für die CIV vertiefte Koranexegese, Bekämpfung des religiösen Extremismus, weitere Verbesserung der Hadsch-Organisation, Wohlfahrtsaktivitäten sowie die aktive Entfaltung von freundschaftlichem Austausch mit dem Ausland als Dienst für die allgemeinen Außenbeziehungen des Staates. Jiang forderte die Muslime auf, an der Richtung auf Sinisierung hin festzuhalten und die 10. Nationalversammlung der Vertreter des chinesischen Islam gut vorzubereiten ([chinaislam.net.cn](http://chinaislam.net.cn) 23.12.2015).

27. Dezember 2015:

### Nationaler Volkskongress verabschiedet Chinas erstes Anti-Terrorismus-Gesetz

China sei einer wachsenden terroristischen Bedrohung ausgesetzt, erklärte An Weixing vom Ministerium für öffentliche Sicherheit auf einer Pressekonferenz zu diesem Anlass. Zhu Zunyou vom Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht stellte in *The Diplomat* fest, dass die enormen zusätzlichen Ermessensspielräume und Eingriffsvollmachten, die das Anti-Terrorismus-Gesetz (反恐主义法) der

Regierung zugesteht, sich unweigerlich auf grundlegende Menschenrechte auswirken werden. – „Religion“ wird an einigen Stellen des Gesetzes explizit erwähnt. In § 4, der die Strategie der Terrorismusbekämpfung umreißt, heißt es u.a.: „Der Staat bekämpft alle Formen des Extremismus, wie die Anstiftung zu Hass und Diskriminierung und die Propagierung von Gewalt durch Verzerrung religiöser Lehren und andere Methoden, um so dem Terrorismus die ideologische Grundlage zu entziehen“ (*The Diplomat* 23.01.2016; *Reuters* 28.12.2015; *Xinhua* 27.12.2015; Text und inoffizielle englische Übersetzung bei [chinalawtranslate.com](http://chinalawtranslate.com)).

28. Dezember 2015:

### Ehemaliger Vizegouverneur von Ningxia u.a. wegen „abergläubischen Aktivitäten“ aus der Partei ausgeschlossen – neue Vorschriften für Disziplinarstrafen

Bai Xueshan werde wegen „schwerwiegenden Verstößen gegen die Disziplin“ aus der Partei ausgeschlossen, gab die Zentrale Kommission für Disziplin-Inspektion der Kommunistischen Partei Chinas auf ihrer Website bekannt. Unter anderem beschuldigte die Kommission den ehemaligen Vizegouverneur, „lange Zeit abergläubische Aktivitäten betrieben zu haben“. Laut *South China Morning Post*, die sich auf einen Zeitungsbericht berief, ging es dabei um Bais Leidenschaft für *fengshui* – d.h. für die geomantischen Prinzipien, die in der traditionellen Volksreligiosität eine große Rolle spielen. So soll er als Parteisekretär der Stadt Wuzhong, um das *fengshui* der Stadt zu verbessern, ihre Ausdehnung in Richtung Gelben Fluss betrieben und in der Stadt Brunnen sowie einen riesigen Dreifuß aufstellen lassen haben. – Am 1. Januar 2016 traten revidierte „Vorschriften für Disziplinarstrafen der KP Chinas“ in Kraft, die erstmals Strafen für Parteimitglieder aufführen, die abergläubische Aktivitäten organisieren oder an ihnen teilnehmen (§ 58). Strafen sind auch vorgesehen für Organisation und Ausnutzung religiöser Aktivitäten in Widerspruch gegen Politik und Beschlüsse der Partei sowie für Organisation von oder Teilnahme an religiösen Geheimgesellschaften und häretischen Organisationen (*AsiaNews* 4.01.2016; [ccdi.gov.cn](http://ccdi.gov.cn) 28.12.2015; *South China Morning Post* 29.12.2015; *Xinhua* 28.12.2015; Text der neuen Vorschriften unter [www.ccdi.gov.cn/special/ljzl/tl\\_ljzl/201510/t20151022\\_63873.html](http://www.ccdi.gov.cn/special/ljzl/tl_ljzl/201510/t20151022_63873.html)).



Ab Januar 2016:  
**Neue Welle von Kreuzdemontagen durch die Behörden in Zhejiang**



Das Kreuz der protestantischen Kirche in Dajing (Zhejiang) wird am 10. März 2016 demontiert. Foto: chinaaid.org.

Nachdem seit September 2015 die zwangsweisen Demontagen von Kreuzen auf Dächern und Türmen christlicher Kirchen durch die Behörden in der Provinz Zhejiang abgeflaut waren, kam es seit Anfang 2016 erneut zu zahlreichen Kreuzabrissen. Allein zwischen 7. Januar und 3. März wurden nach Angaben der in den USA ansässigen Organisation China Aid die Kreuze von 49 Kirchen in Zhejiang entfernt, darunter auch zwei katholischen. Teilweise versuchten Gemeinden Widerstand zu leisten, indem sie den Zugang blockierten. Die Behörden setzten aber inzwischen größere Abrisstteams von 20–100 Personen ein, schrieb China Aid. Der Organisation zufolge sind seit Anfang 2014 im Kontext der provinzweiten (auf profane wie religiöse Gebäude bezogenen) Aktion „Drei Umgestaltungen, ein Abriss“ die Kreuze von rund 2.000 protestantischen und katholischen Kirchen in Zhejiang abgerissen worden. Ein Großteil der betroffenen Kirchen ist beim Staat registriert (chinaaid.org 5.02.; 8.,15.,29.03.2016; UCAN 2.,25.02.2016). – Zu den Kreuzabrissen siehe auch die Einträge vom 28. Januar und 23. März 2016 sowie die Berichte und die Dokumentationen in früheren Ausgaben von *China heute*.

1. Januar 2016:  
**Zwei-Kind-Politik tritt offiziell in Kraft**  
 Am 1. Januar trat der Beschluss des Zentralkomitees der KP Chinas vom 29. Oktober 2015, künftig allen Paaren in China zu erlauben, ein zweites Kind zur Welt zu bringen, mit einer entsprechenden Gesetzesänderung im Nationalen Volkskongress offiziell in Kraft. Die Regierung sah sich aufgrund einer rapide alternden Gesellschaft und einem Arbeitskräftemangel zu diesem Schritt gezwungen. Die Ende der 1970er Jahre eingeführte Ein-Kind-Politik, die bereits vor einigen Jahren gelockert wurde, hatte aufgrund von selektiven Abtreibungen auch zu einer unverhält-

nismäßig hohen Zahl von männlichen Geburten geführt. Mit der Politik ging ein System von hohen Strafen und vielen illegalen Existenzen einher. – Die neue Politik wurde in vielen Medien gepriesen, fand aber auch warnende Stimmen. So sagte u.a. Reggie Littlejohn, Präsidentin von Women's Rights Without Frontiers (hier zitiert nach *Hong Kong Sunday Examiner*), zentraler Punkt sei nicht die Zahl der erlaubten Kinder, sondern die Tatsache, dass die Regierung weiterhin eine Grenze festlege und diese mit Zwangsmaßnahmen durchsetze. „Dies wird sich unter der Zwei-Kind-Politik auch nicht ändern“ (*Hong Kong Sunday Examiner* 9.01.2016; *South China Morning Post* 28.12.2015, 26.02.2016). – Siehe auch den Eintrag vom 14. Januar 2016 sowie *China heute* 2015, Nr. 4, S. 222.

5. Januar 2016:  
**Taiwanische Universität verleiht daoistische Gottheit Shennong die Ehrendoktorwürde**

Die daoistische Gottheit für die Landwirtschaft Shennong erhielt in Chiayi, 210 km südwestlich von Taipei, von der Nationalen Chung Cheng-Universität aus Dankbarkeit ein Ehrendoktorat. Die Universität wurde nämlich 1989 auf 131 ha Ackerland gebaut, das ursprünglich dem Gufeng-Tempel gehörte, in dem Shennong verehrt wird; 60 ha davon waren eine Schenkung. Zum ersten Mal in Taiwan und wahrscheinlich auf der ganzen Welt bekomme eine Gottheit ein Doktorat, bemerkte der Präsident der Universität, Wu Jyh-Yang, gegenüber den Medien. Präsident Wu fand es an der Zeit, dass, nachdem Universitäten schon viele verdiente Persönlichkeiten ausgezeichnet haben, nun auch der Gottheit Shennong diese höchstmögliche Ehrung zuteilwird.



Im Tempel: Rektor Wu hält die mit Doktorhut und Talar bekleidete Shennong-Figur. Foto: *Taipei Times*.

Bei der Verleihung wurde die Statue der Gottheit standesgemäß mit maßgeschneidertem Talar und einem viereckigen Doktorhut ausgestattet. Der Verwaltungsrat des Tempels stimmte einstimmig für die Annahme dieser ehrenvollen Auszeichnung (*Taipei Times* 6.01.2016).

Willi Boehi

8. Januar 2016:  
**Renmin ribao: In Henan auf dem Land errichtete 37 Meter hohe Mao-Statue wieder abgerissen**

Wie die Parteizeitung berichtete, hatten örtliche Geschäftsleute und Bewohner des Dorfes Zhushigang im Kreis Tongxun, Provinz Henan, das Geld für die fast 3 Mio. Yuan teure Statue aufgebracht, die aus Stahlbeton bestand und goldfarben lackiert war. Die Statue habe die Aufmerksamkeit der Gesellschaft erregt, schrieb die Zeitung. Nach Angaben der örtlichen Regierung sei die Statue weder genehmigt noch registriert gewesen. Sie sei von einem Kontrollteam des Kreises wieder abgerissen worden, unklar sei jedoch, mit welcher Begründung (*BBC* 5.01.2016; *people.com.cn* 8.01.2016).

14. Januar 2016:  
**Staatsrat veröffentlicht Ansichten zur Lösung des Problems der Registrierung von Personen ohne hukou**

In China leben 13 Mio. Menschen ohne Zugang zu Sozialleistungen und legaler Identität, da sie keinen *hukou*, sprich keine Haushaltsregistrierung besitzen, so die regierungsnahe *Global Times*, 60% davon in Folge des Verstoßes gegen die Ein-Kind-Politik. Konnten die Eltern bei diesen Zweit- und Drittgeborenen die hohen Strafgeldern nicht bezahlen, verweigerten die Behörden diesen Kindern die Registrierung. Damit wurde ihnen auch der Zugang zum staatlichen Bildungs- und Gesundheitssystem verweigert. Mit einem Erlass des Staatsrates soll diesen „Illegalen“ (*heihu* für Personen ohne Haushaltsregistrierung) nunmehr das Recht auf legale Registrierung gewährt werden. In dem Schreiben des Staatsrats heißt es, dass sich acht Arten von Personen ohne *hukou* ohne Vorbedingungen registrieren lassen können, solange sie die notwendigen Papiere dafür vorweisen. Dieser Erlass kommt kurz nach Einführung der Zwei-Kind-Politik, die seit 1. Januar in Kraft ist. Die *Global Times* sieht das Vorgehen allerdings noch skeptisch, die meisten Lokalregierungen, die i.d.R. die Registrierungen ausstellen, würden zunächst auf detailliertere Anweisungen warten. So sei z.B. unklar, ob bei der Registrierung der „schwarzen Kinder“ weiterhin Strafgeldern zu entrichten seien (*General-Anzeiger* 12./13.12.2015; *Global Times* 27.01.2016; Text der „Ansichten zur Lösung des Problems der Registrierung eines *hukous* für Menschen ohne *hukou*“ 关于解决无户口人员登记户口问题的意见 unter [http://www.gov.cn/zhengce/content/2016-01/14/content\\_10595.htm](http://www.gov.cn/zhengce/content/2016-01/14/content_10595.htm)). – Siehe auch den Eintrag vom 1. Januar 2016.

15./16. Januar 2016:

### Leiter aller Religionsbüros auf Provinz-ebene tagen in Beijing

Bei dem Treffen stellte das zentrale BRA seine Arbeit im Jahr 2015 und seine Pläne für 2016 vor. Für 2015 wurden folgende Arbeitsschwerpunkte genannt: Die Verwaltung der religiösen Versammlungsstätten wurde weiter standardisiert, wozu die Akteneintragung des leitenden Klerus der Stätten beim Staat, die Einrichtung von Bankkonten und die Beantragung von Organisationsnummernausweisen (组织机构代码证, Certificate of Organization Code) durch die religiösen Versammlungs- und Ausbildungsstätten sowie der weitere Aufbau einer Datenbank für die Religionsarbeit gehörten. Im Bereich „Unterstützung der religiösen Kreise beim Aufbau ihres Denkens“ wurde den Religionsanhängern u.a. der Gedanke eingeprägt, dass das staatliche Recht über den religiösen Vorschriften steht; die Katholiken studierten die demokratische Verwaltung der Kirche und die Protestanten die Sinisierung des Christentums. Höhepunkte im Bereich des internationalen Austauschs waren u.a. das 4. Buddhistische Weltforum und eine Konferenz über „One Belt One Road‘ und der internationale Religionsaustausch“. Für 2016 nennt der Bericht keine konkreten Vorhaben. Dem Staatsfernsehen CCTV zufolge ist aber bis Jahresende die Ausgabe von Ausweisen für katholische und daoistische religiöse Amtsträger geplant, nachdem 2015 bereits die Buddhisten mit solchen Ausweisen versehen wurden (sara.gov.cn 15.01.2016; CCTV nach china.ucanews.com 22.01.2016). – Siehe auch den Beitrag in den Informationen.

16. Januar 2016:

### Wahlen in Taiwan: Oppositionelle DPP gewinnt – katholischer Parteiloser wird Vizepräsident

Bei den Präsidentschafts- und Legislativratswahlen erzielte die oppositionelle Demokratische Fortschrittspartei (DPP) einen deutlichen Sieg. DPP-Kandidatin Tsai Ing-wen, eine Hakka, löst im Mai 2016 Ma Ying-jeou von der Partei Kuomintang als Präsidentin der Republik China auf Taiwan ab. Sie wird die erste Frau an der Spitze des Landes. Erstmals erzielte die DPP auch eine Mehrheit im Legislativrat, dem Parlament Taiwans. Machtwechsel seien in Taiwan normal geworden; egal wer regiere, er müsse auf das Volk hören, kommentierten Stimmen in UCAN das Wahlergebnis. Chinesische staatliche und parteinahe Medien forderten Tsai Ing-wen auf, die „Halluzination“ der Unabhängigkeit Taiwans aufzugeben. Gewählt wurde auch der mit Tsai Ing-wen kandidierende

Chen Chien-jen, ein engagierter Katholik und Ritter des Ordens vom heiligen Grab. Der Parteilose wird der erste katholische Vizepräsident Taiwans (*The Guardian / UK Reuters* 17.01.2016; *UCAN* 18.,20.01.2016).

18. Januar 2016:

### Staatliche Website startet Online-Nachschlagesystem für Lebende Buddhas des tibetischen Buddhismus

Auf der Website *Zhongguo Xizang wang* (*China Tibet Online China*) können die vom chinesischen Staat anerkannten „Lebenden Buddhas“ des tibetischen Buddhismus (chin. *huofo* 活佛, tibet. *tulku*, d.h. als Reinkarnationen ihrer Vorgänger identifizierte buddhistische Meister) abgerufen werden, und zwar unter <http://hf.tibet.cn>. Am 18. Januar wurde ein erstes Datenpaket von 870 „Lebenden Buddhas“ eingestellt. Nutzer müssen sich mit einer Handynummer registrieren. Nach offiziellen chinesischen Angaben gibt es 1.700 staatlich anerkannte „Lebende Buddhas“ in der VR China, davon 358 im Autonomen Gebiet Tibet. Zur Diskussion um „falsche Lebende Buddhas“ siehe den Beitrag in den Informationen.

18. Januar 2016:

### Human Rights Watch (HRW): Überwachungsprogramm der „dorf-basierten Arbeitsteams“ in Tibet wird verlängert



Überwachungshäuschen im Innenhof eines Wohnhauses in der Altstadt von Lhasa. Foto: Human Rights Watch.

Der in New York ansässigen Menschenrechtsorganisation zufolge wird ein Programm auf unbestimmte Zeit verlängert, das die Zentralregierung 2011 unter dem Namen „Wohltaten für das Volk“ („benefit the people“) für zunächst drei Jahre einführte, um eine Wiederkehr von Unruhen in Tibet zu verhindern. Im Rahmen des Programms wurden 21.000 Kader aus städtischen Gebieten entsandt, um in Gruppen von vier oder mehr Personen in allen 5.000 Dörfern des Autonomen Gebiets Tibet zu leben. Laut HRW gehört zu jedem Team mindestens ein ethnischer Tibeter; die Kader werden nach einem Jahr ausgetauscht. Die „dorf-basierten Arbeitsteams“ (*zhucun gongzuodui* 驻村工作队) haben nach chinesischen Medienberichten „fünf Aufgaben“, nämlich Aufbau von Partei- und

anderen Organisationen im Dorf, Wahrung der Stabilität, Erziehungsprogramme „Fühle die Freundschaft der Partei“, Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und praktische Unterstützung. HRW zufolge überwachen sie das Verhalten der Bevölkerung, sammeln Informationen über Personen und setzen die Dorfbewohner unter Druck, sich öffentlich gegen den Dalai Lama zu stellen. Das Programm verschlingt laut HRW über 25% der Einnahmen des Autonomen Gebiets Tibet (Human Rights Watch 8.01.2016).

21. Januar 2016:

### Konfuzianischer Gelehrter fordert erneut Verbot von Kirchenbau in Konfuzius' Geburtsstadt

Zeng Zhenyu, Professor für Konfuzianismus an der Shandong-Universität und Mitglied der Politischen Konsultativkonferenz der Provinz Shandong, rief in einem Beitrag auf der konfuzianischen Website *rujiazg.com* dazu auf, den Bau christlicher Kirchen in Qufu zu verbieten. Qufu sei die heilige Stadt der chinesischen Nation. Ein Verbot von Kirchen in Qufu sei notwendig, um eine starke Kontroverse in der Gesellschaft zu vermeiden, schrieb Zeng. Konkret wandte er sich gegen das Vorhaben, anstelle einer provisorischen protestantischen Kirche in Qufu ein ständiges Gebäude zu errichten. Berichten zufolge löste Zengs Aufruf eine Debatte in den sozialen Netzwerken in China aus. Ein Teil der Kommentatoren stimmte Zeng zu. So schrieb ein Weibo-Nutzer laut UCAN, Qufu solle erst dann eine Kirche dulden, wenn der Vatikan eine Moschee baue. Andere sprachen sich dafür aus, dass auch die Christen in Qufu ein Recht hätten, ihre Religion zu praktizieren. Der örtlichen protestantischen Drei-Selbst-Bewegung zufolge (zitiert in *Global Times*) hatte Qufu im Jahr 2011 7.000–8.000 „registrierte“ und schätzungsweise über 10.000 „nicht registrierte“ Christen. – Ende 2010 hatte schon einmal eine Gruppe von Konfuzianern mit Erfolg gegen den in Qufu geplanten Bau einer 41 m hohen protestantischen Kirche im gotischen Stil protestiert. Ein damals beteiligter Konfuzianer namens Chen Ming äußerte gegenüber *Time*, diesmal läge der Sachverhalt anders, da der örtliche Pfarrer versprochen habe, die Kirche im lokalen Stil und unauffällig zu bauen (*Global Times* 26.01.2016; *Huanqiu shibao* 28.01.2016; *Time* 28.01.2016; UCAN 27.01.2016; vgl. *China heute* 2011, Nr. 1, S. 17).

23. Januar 2016:

### Stephen Lee Bun-sang neuer Bischof von Macau

Der ehemalige Weihbischof von Hongkong Stephen Lee Bun-sang wurde am 23. Januar, dem 440. Jahrestag der Errichtung der Diözese Macau, in der Kathedrale von Macau in



sein Amt eingeführt. Er folgt Bischof José Lai Hung-seng nach, der aus Gesundheitsgründen Papst Franziskus um Entpflichtung gebeten hatte. Der 70-jährige Bischof Lai war 2001 zum Koadjutorbischof von Macau ernannt worden und trat 2003 als Nachfolger von Bischof Domingos Lam das Amt als Bischof von Macau an.



Stephen Lee Bun-sang. Foto: UCAN.

Der 59-jährige Stephen Lee, ein Hongkonger, war 2014 zusammen mit Michael Yeung und Joseph Ha zum Weihbischof von Hongkong geweiht worden. Zuvor war er Regionalvikar des Opus Dei für Ostasien. Die Diözese Hongkong sagte in einer Erklärung, die Lokalkirche werde Bischof Lee vermissen, gleichzeitig werde die Ernennung jedoch den Weg zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen den beiden Diözesen Hongkong und Macau ebnen. – An der Feier in der Kathedrale nahmen auch viele Gläubige aus Hongkong und vom chinesischen Festland teil. Es konzelebrierte Bischof emeritus Lai, Weihbischof Ha, drei päpstliche Vertreter von Hongkong und Taipei sowie über 50 Priester aus Macau und Hongkong. Bischof Lai brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass Bischof Lee die beiden jahrhundertealten Missionen der Diözese Macau, nämlich die Verkündigung des Evangeliums und die Brückenfunktion für einen ost-westlichen Kulturaustausch, aufrechterhalten werde. – Ein Tag zuvor wurden die Bischöfe Lai und Lee von Regierungschef Fernando Chui Sai-on empfangen, der die Respektierung der Religionsfreiheit durch das Grundgesetz Macaus betonte und die Erwartungen der Regierung hinsichtlich einer weiteren Kooperation mit der katholischen Kirche in den Bereichen Bildung, Sozialwesen und humanitärer Arbeit zum Ausdruck brachte. Im Gespräch mit Journalisten betonte der Bischof, dass unter seinen Schwerpunkten die Familien, Bildung und die Glaubensformation junger Menschen seien. – Die Diözese Macau zählt ca. 29.000 Katholiken, von denen nach einer Statistik von 2013 60% Chinesen sind, der Rest sind Macanesen (in Macau geborene Portugiesen) oder Nicht-Chinesen (*AsiaNews* 25.01.2016; *Hong Kong Sunday Examiner* 23.,30.01.2016; *UCAN* 18.01.2016;

*Zenit* 20.01.2016). Zu Bischof Stephen Lee siehe auch *China heute* 2014, Nr. 3, S. 150f.

25./26. Januar 2016:

### Dritte Verhandlungsrunde zwischen China und dem Heiligen Stuhl in Rom

Nach offiziellen Gesprächen im Juni 2014 und im Oktober 2015 trafen sich Vatikanvertreter zum dritten Mal mit einer chinesischen Delegation. In einer unbestätigten Meldung des *Corriere della Sera* vom 31. Januar hieß es, bei den jüngsten Verhandlungen sei eine Übereinkunft über die Bischofsernennungen getroffen worden, nämlich dass Beijing eine kurze Liste akzeptabler Namen vorlege und der Papst einen davon auswähle und ernenne. Die Zeitung schrieb außerdem, der Papst werde „erstmalig seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen“ Bischöfe („vermutlich drei“) für vakante Diözesen in China [gemeint wohl: öffentlich] ernennen. *UCAN* vermutete, dass es sich bei den dreien um Ding Linbin (Changzhi, Shanxi), Ji Chengyi (Zhumadian, Henan) und Tang Yuange (Chengdu, Sichuan) handle. Weder die vatikanische noch die chinesische Seite äußerte sich zu den Ergebnissen der Gespräche. – Am 11. Dezember 2015 (also vor der 3. Runde) hatte Bernardo Crevellera in *AsiaNews* geschrieben, dass nach Informationen aus China der chinesische Vorschlag dahingehend laute, dass der Vatikan die von der Regierung anerkannte Bischofskonferenz billige und die Zuständigkeit dieser Konferenz (und nicht des Papstes) für die Ernennung von Bischofskandidaten anerkenne, die „demokratisch“ gewählt werden müssten. Der Heilige Stuhl müsse die Ernennung bestätigen und habe nur in „besonders schwerwiegenden“ Fällen ein schwaches Vetorecht, dessen Gebrauch dann aber einer Begründung bedürfe. Sollte die Begründung des Vatikans „nicht genügen“, könne die Bischofskonferenz beschließen, den Prozess fortzuführen. Welchen Vorschlag Beijing nun in der 3. Gesprächsrunde vorlegte, ist unklar. Kommentare in der parteinahen chinesischen *Global Times* (besonders ein längerer Artikel vom 25. Februar) legen aber nahe, dass es noch nicht zu einer Einigung über die Bischofsernennungen kam. Auch hat bisher keine Bischofsweihe stattgefunden. – Die Reaktionen von Katholiken in Festlandchina auf die Meldung des *Corriere della Sera* waren – wie etwa der Priester „Gan Baolu“ am 3. Februar auf seinem Blog schrieb – gemischt; viele seien froh, es gebe jedoch auch Stimmen im Internet, dass in den Verhandlungen die Kirche „verraten“ werde. Gianni Valente hingegen zitierte am 28. Januar in *Vatican Insider* sechs Stimmen aus dem chinesischen Klerus im „Untergrund“, die ihrer Hoffnung auf eine

Einigung zwischen China und dem Vatikan Ausdruck verliehen. Darunter ist Bischof Wei Jingyi von Qiqihar, in dessen Diözese die Gläubigen täglich in jeder Messe drei Ave Maria für eine Übereinkunft zwischen beiden Seiten beten (*AsiaNews* 11.12.2015; *chinacath.com* 3.02.2016; *Corriere della Sera* 30./31.01.2016; *UCAN* 24.12.2015; 3.02.2016; *Vatican Insider* 28.01.2016). – Siehe auch die Einträge vom 28. Januar und ab 3. Februar sowie die Beiträge von Kardinal Zen in der *Dokumentation* und von Paul Han in den Themen.

28. Januar 2016:

### Christenrats-Vorsitzender von Zhejiang wird festgenommen, Zusammenhang mit Kreuzabrisen vermutet

Im Januar kam es zu neuen Verhaftungen in Zusammenhang mit Widerstand gegen die Kreuzdemontagen. Besonderes Aufsehen erregte der Fall von Gu Yue, Pastor der Chongyi-Kirche in Hangzhou, der größten offiziell genehmigten Megakirche Chinas, und Vorsitzender des Christenrats der Provinz Zhejiang. Gu wurde am 28. Januar festgenommen, nachdem er am 18. Januar seiner Position als leitender Pastor der Chongyi-Kirche enthoben worden war. Am 6. Februar wurde er wegen „Veruntreuung von 10 Mio. Yuan“ offiziell verhaftet. Viele Christen glaubten jedoch, dass die Verhaftung in Zusammenhang mit Pastor Gus Widerstand gegen die Kreuzabrisse stehe, schrieb *China Aid*. So hatte der von Gu geleitete Provinzchristenrat am 10. Juli 2015 in einem offenen Brief an die Religionsbehörden der Provinz den Stopp der Kreuzabrisse gefordert. Gu ist laut *China Aid*-Direktor Bob Fu „der höchstrangige nationale Kirchenführer, der seit der Kulturrevolution verhaftet wurde“. Am 1. April wurde er aus der Haft nach Hause entlassen, steht aber weiter unter „überwachtem Wohnen“ (*chinaaid.org* 6.,23.02.; 1.04.2016; *chinachange.org* 30.01.2016; *hangzhouchurch.com* 29.01.2016; *South China Morning Post* 31.01.2016; *UCAN* 2.02.2016).

28. Januar 2016:

### Papstinterview zum Chinesischen Neujahr in *Asia Times* würdigt die chinesische Kultur und betont die Notwendigkeit des Dialogs

Es war das erste Interview, in dem Papst Franziskus sich ausschließlich zu China äußerte. Darin betonte der Papst erneut seine Bewunderung für China und die chinesische Kultur. Er sprach davon, dass Angst vor einem aufstrebenden China ein schlechter Ratgeber sei. Es gebe keinen anderen Weg als den des Dialogs, wobei es darauf ankomme, gemeinsam unterwegs zu sein, auch wenn man nicht immer einer

Meinung ist. Jedes Volk müsse sich mit sich selbst und der eigenen Geschichte versöhnen. Die Realität müsse angenommen werden, wie sie ist; erst dann könne man versuchen, sie zu verändern. Der Papst schloss mit Neujahrsgrüßen an Präsident Xi und das chinesische Volk. Der das Interview führende Journalist Francesco Sisci, der auch Senior Researcher an der Renmin University in Beijing ist, schrieb in einer Vorbemerkung, dass er den Papst nicht zu religiösen oder politischen Themen befragen wollte, „über die andere Päpste zu anderer Zeit bereits gesprochen hatten“, sondern über Fragen, die alle Chinesen beschäftigen, um ihnen „sein hohes Maß an Empathie zu vermitteln“ (siehe den Wortlaut des Interviews in der Dokumentation).

ab 3. Februar 2016:

#### Reaktionen auf das Papstinterview

Lu Kang, Sprecher des chinesischen Außenministeriums, erklärte am 3. Februar: „Wir haben die Berichte darüber [d.h. über das Interview] zur Kenntnis genommen.“ China sei aufrichtig um eine Verbesserung der Beziehungen bemüht und wolle auf der Grundlage der einschlägigen Prinzipien weiter einen konstruktiven Dialog führen. „Wir hoffen auch, dass die vatikanische Seite eine flexible, pragmatische Haltung einnimmt, um die Voraussetzung für die Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Seiten zu schaffen.“ Die parteinahe *Global Times*, die das Interview am 4. Februar erwähnte, zitierte dazu Liu Guopeng von der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften mit den Worten, China werde möglicherweise mehr Mitspracherecht bei der Ernennung der Bischöfe fordern als Vietnam. Da die Führer beider Länder sich in politischem Charisma und Reformwillen ähnelten, seien positive Überraschungen möglich. – Websites der katholischen Kirche in China brachten Meldungen über das Interview (Lucia Cheung bezeichnete es allerdings am 15. März in *UCAN* als „verpasste Gelegenheit“, dass nicht der gesamte Text auf Chinesisch veröffentlicht wurde). Ein Blogbeitrag von „Gan Baoli“ unterstrich, dass der Aufruf zur Versöhnung mit der eigenen Geschichte auch für die chinesische Kirche gelten sollte. Meinungen von durch *AsiaNews* und *UCAN* befragten Katholiken in China rangierten von Enthusiasmus bis Skepsis. Ein Shanghaier Katholik sagte, „wir fühlen uns durch das Interview mit dem Papst verbunden“, seine große Freundschaftsbekundung sei weise. Ein Priester in Xi'an erklärte, die besänftigenden Worte und Schmeichelein würden bei der Regierung nichts

bewirken, und für einen Katholiken aus Wenzhou war es angesichts der laufenden Kreuzabrischkampagne „definitiv nicht“ die richtige Zeit für sino-vatikanische Gespräche. – P. Jeroom Heyndrickx CICM (Verbiest Institute, Leuven) stellte in einem *UCAN*-Kommentar die Vermutung an, dass das Problem der acht illegitimen Bischöfe in China dadurch gelöst werden könnte, dass der Papst sie womöglich im Heiligen Jahr durch eine „Geste der Barmherzigkeit“ anerkenne. Die alte Herausforderung bleibe, so Heyndrickx: Werden alle geeint hinter Papst Franziskus' Entscheidungen stehen? (*AsiaNews* 5.02.2016; *chinacath.com* 3.02.2016; *Global Times* 4.02.2016; *UCAN* 4.,5.02.; 15.03.2016; [http://news.china.com.cn/world/2016-02/03/content\\_37730150.htm](http://news.china.com.cn/world/2016-02/03/content_37730150.htm)).

5. Februar 2016:

#### Neues Dokument verbietet auch pensionierten Parteikadern, an eine Religion zu glauben

Die „Ansichten über die weitere Verstärkung und Verbesserung der Arbeit bezüglich der pensionierten Kader“ (关于进一步加强和改进离退休干部工作的意见) wurden vom Zentralkomitee der KP Chinas und vom chinesischen Staatsrat erlassen. Die Parteizeitung *Renmin ribao* gab sie am 5. Februar in Form einer Zusammenfassung und eines Frage-Antwort-Textes bekannt. Auf die Frage: Was verlangen die „Ansichten“ hinsichtlich der Erziehung der pensionierten Parteikader? lautet der letzte Punkt der Antwort: „Es wird klar festgelegt, dass pensionierte Parteikader nicht an eine Religion glauben und nicht an religiösen Aktivitäten teilnehmen dürfen, entschlossen häretische Organisationen bekämpfen und darauf achten, ihre Teilnahme an ethnischen und Brauchtums-Aktivitäten von religiösem Glauben abzugrenzen“ ([http://paper.people.com.cn/rmrb/html/2016-02/05/nw.D110000renmrb\\_20160205\\_2-03.htm](http://paper.people.com.cn/rmrb/html/2016-02/05/nw.D110000renmrb_20160205_2-03.htm)). – 2015 war in den „Vorschriften für die Einheitsfrontarbeit der Kommunistischen Partei Chinas (zur probeweisen Durchführung)“ bereits ausdrücklich bestätigt worden, dass Mitglieder der KP nicht an eine Religion glauben dürfen (vgl. *China heute* 2015, Nr. 3, S. 156). Dass die Partei die Notwendigkeit für eine solche Regelung sieht, dürfte ein Hinweis darauf sein, dass religiöser Glauben unter Parteimitgliedern nicht selten ist. Auch hörte man bisher gelegentlich, dass Parteimitglieder sich zwar in ihrer beruflichen aktiven Zeit von Religion fernhielten, jedoch mit dem Vorsatz, nach der Pensionierung eine Religion zu praktizieren.

6. Februar 2016:

#### Schweres Erdbeben in Südtaiwan – Papst kondoliert und spendet 50.000 Dollar

Bei einem Erdbeben der Stärke 6,4 kamen in der Stadt Tainan 117 Menschen ums Leben, darunter 115 Bewohner eines eingestürzten Hochhauses. Es wurden auch zahlreiche religiöse Gebäude beschädigt, darunter daoistische Tempel und mindestens zwei katholische Kirchen. – Am 7. Februar schickte Vatikan-Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin im Auftrag des Papstes ein Telegramm nach Taiwan, in dem dieser die Hinterbliebenen und Verletzten sowie die Helfer und Behörden seines Beileids und Gebets versicherte und die Toten dem Erbarmen Gottes anbefahl. Später schickte der Papst über den Päpstlichen Rat Cor Unum 50.000 Dollar für die Hinterbliebenen und Überlebenden an die Bischofskonferenz Taiwans (*AsiaNews* 23.02.2016; *UCAN* 8.02.2016).

25. Februar 2016:

#### Sitzung von Chinesischer katholischer patriotischer Vereinigung und offizieller Bischofskonferenz – Pläne für 2016 beinhalten Wahl von Bischöfen, aber auch Jahr der Barmherzigkeit

An der gemeinsamen Sitzung der Verantwortlichen der beiden Gremien in Beijing nahmen auch zuständige Beamte der Einheitsfront der KP und des Religionsbüros teil. Der (von Rom nicht anerkannte) Bischof Ma Yinglin, Vorsitzender der offiziellen Bischofskonferenz, stellte die Arbeitspläne des Doppelgremiums für 2016 vor. Sie beinhalten u.a. verstärkten Aufbau der patriotischen Organisationen und ideologische Erziehungsarbeit, aktives Vorantreiben der Wahl und Weihe von Bischöfen, der demokratischen Verwaltung und Leitung der Kirche sowie der Forschungen zu einer inkulturierten Theologie. Zum letztgenannten Punkt soll eine „4. Konferenz zu einer inkulturierten Theologie“ durchgeführt werden. Zudem soll das Heilige Jahr der Barmherzigkeit gut begangen werden. Weitere Bemühungen sollen der Standardisierung von Unterricht und Verwaltung der theologischen Seminare, der Wohltätigkeit, der offiziellen Website und Zeitschrift des Doppelgremiums sowie der verbesserten Anerkennung und Akteneintragung des religiösen Personals gewidmet werden. Die beiden letzten Punkte lauteten „Fortsetzung der Kontakte mit dem Ausland“ sowie Vorbereitung der 9. Nationalversammlung der Vertreter der katholischen Kirche Chinas – des obersten „demokratischen“ Gremiums der offiziellen Kirchenstrukturen in China (*chinacatholic.cn* 26.02.). – Die einen Monat nach der letzten sino-vatikanischen Verhandlungsrunde vorgetragenen Pläne entsprechen den Vorgaben der chinesischen Religionspolitik und enthalten mehrere aus Sicht Roms für Struktur und Wesen der Kirche proble-

matische Punkte. Das religionspolitische Schlagwort „Selbst“ (wie in „unabhängige Selbstverwaltung“ der Kirche) fällt in dem Bericht allerdings nicht.

Anfang März 2016:

### **Chinesischer Rechtsanwalt ruft öffentlich dazu auf, TV-Geständnisse von Angeklagten zu beenden**

Zhu Zhengfu, stellvertretender Vorsitzender des Allchinesischen Anwaltsverbands und Delegierter der Politischen Konsultativkonferenz, kritisierte in festlandchinesischen Medien die in letzter Zeit aufgetauchte Praxis, Geständnisse von Angeklagten vor ihrem Prozess im Staatsfernsehen zu senden. Laut *Caixin* (hier nach *South China Morning Post*) sagte Zhu, ein Geständnis im Fernsehen sei nicht rechtskräftig und kein Hinweis darauf, dass jemand schuldig sei. Ein inszeniertes Geständnis helfe weder dem Schutz der Rechte des Verdächtigen noch dem Justizsystem. – China Human Rights Defenders listete eine Reihe von Personen auf, die seit 2013 in Zusammenhang mit politisch sensiblen Fällen „TV-Geständnisse“ abgelegt haben. Darunter sind vor allem Journalisten und Blogger, Rechtsaktivisten und Anwälte. Zuletzt zeigte das chinesische Staatsfernsehen 2016 Video-„Geständnisse“ von Gui Minhai, Mitinhaber einer auf Enthüllungsbücher über chinesische Politiker spezialisierten Hongkonger Buchhandlung (17. Januar), dem Schweden Peter Dahlin, Gründer einer NGO in China zur Unterstützung von Menschenrechtsanwälten (19. Januar) sowie dem Rechtsanwalt Zhang Kai, der christliche Gemeinden in Zhejiang im Hinblick auf die behördlich erzwungenen Kreuzabrisse juristisch beraten hatte (25. Februar) (*chrnet.com* 11.03.2016; *Global Times* 20.03.2016; *South China Morning Post* 2.03.2016).

2. März 2016:

### **Macau Daily Times: Festlandchinesen dürfen nicht an katholischer Universität in Macau studieren**

Der neue Bischof von Macau Stephen Lee zeigte sich besorgt und entrüstet über eine Ablehnung der Beijinger Zentralregierung zur Aufnahme einer Gruppe Festlandsstudenten an die Katholische Universität St. Joseph in Macau. Die Universität hatte darum gebeten, 60 Studierende aufnehmen zu dürfen, um ihre derzeitige Studentenschaft von 1.300 Studierenden auszuweiten. Die Studenten werden im kommenden Jahr auf den neuen Ilha Verde-Campus umziehen. Als einzigen Grund für die Ablehnung könne er sich Angst vorstellen, „Angst, dass wir einige Katholiken ausbilden und mit der Regie-

rung kollidieren“. Die Entscheidung mache ihn traurig, so der Bischof, da sich die Beziehung der Kirche mit den Behörden auf dem Festland im Allgemeinen verbessert habe. – Wie *Macau Daily Times* berichtete, gab es nach Lees Ernennung Spekulationen, dass der in Hongkong geborene Bischof eine Dosis an politischem Aktivismus mit nach Macau bringen könnte. Seine unverblühten Kommentare stünden im starken Gegensatz zu dem vorsichtigen Standpunkt seines Vorgängers Bischof Lai (*Macau Daily Times* 2.03.2016; *UCAN* 9.03.2016).

5. März 2016:

### **Zhu Wei-quan kündigt umfangreichere „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ an**

Der erste Entwurf der revidierten „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ sei fertiggestellt und nun würden Meinungen dazu eingeholt. Dies sagte Zhu Wei-quan, Leiter der Kommission für ethnische und religiöse Angelegenheiten der Politischen Konsultativkonferenz, laut einem Bericht von *China Daily*. Die revidierte Fassung der „Vorschriften“, mit deren Erarbeitung 2015 begonnen wurde, sei detaillierter als die bisherige und berücksichtige die Entwicklungen der letzten Jahre. Huang Xinyang, Vizevorsitzender der Chinesischen daoistischen Vereinigung, erklärte laut *China Daily*, die Vorschriften könnten innerhalb der nächsten 9 Monate erlassen werden; er erwarte, dass sie Betrug im Namen von Religion vereiteln. Andere offizielle Religionsvertreter erwarteten von der Revision Hilfe für die Religionen bei der Anpassung an die sozialistische Gesellschaft und Eindämmung von religiösem Extremismus. *China Daily* zufolge plädieren Experten dafür, religiösen Versammlungsstätten den Status einer juristischen Person zu gewähren; dies sei der Schlüssel für den Schutz von Eigentumsrechten. Die Zeitung wies aber auch auf den Standpunkt von Liu Peng [Pu Shi Institute for Social Sciences in Beijing] hin, der ein Religionsgesetz für angemessener halte als eine vom BRA [*sic*] erlassene Verwaltungsvorschrift (*China Daily* 9.03.2016). – Die 2004 vom Staatsrat erlassenen „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ (deutsch in *China heute* 2005, Nr.1-2, S. 25-31) sind die erste umfassende Rechtsvorschrift der VR China zu religiösen Angelegenheiten.

6. März 2016:

### **Taiwan: Lob für die guten Beziehungen zwischen Vatikan und der Republik China**

Dem Außenministerium Taiwans zufolge werden die Beziehungen zwischen beiden Seiten immer stärker, so eine Meldung der staatlichen Website *Taiwan Today*. Bei einer Messe zum dreijährigen Papstjubiläum

von Papst Franziskus in der Kathedrale von Taipei sagte Taiwans stellvertretender Außenminister Lee Chen-jan, dass beide Seiten ihre Kooperation und ihren Einsatz für den Weltfrieden fortsetzen werden. Er wies dabei u.a. auf eine derzeit im Nationalen Palast-Museum in Taipei laufende Ausstellung aus der Sakristei des Vatikans hin, in der liturgische Gegenstände aus dem Gebrauch der Päpste in mehreren Jahrhunderten gezeigt werden, darunter ein Messgewand Benedikts XVI. Der designierte Vizepräsident Taiwans, Chen Chien-jen, ein Katholik, äußerte die Erwartung, dass die neue Regierung die Beziehungen zum Heiligen Stuhl weiter fördern werde. Msgr. Paul Russell, der Geschäftsträger des Vatikans in Taiwan, sprach von gemeinsamen Überzeugungen bezüglich Demokratie, Freiheit, Menschenrechten und Entspannung zwischen Völkern und Nationen. – Im Januar hatte Taiwans Präsident Ma Ying-jeou mit einem Schreiben auf Papst Franziskus' Botschaft zum Weltfriedenstag am 1. Januar geantwortet (*The China Post* 27.01.2016; *Taiwan Today* 8.03.2016). – Siehe auch den Eintrag vom 16. Januar 2016.

16. März 2016:

### **Chinas Nationaler Volkskongress verabschiedet neues Wohltätigkeitsgesetz**

In seiner Abschlussitzung verabschiedete die 4. Jahrestagung des 12. Chinesischen Nationalen Volkskongresses das erste chinesische Wohltätigkeitsgesetz (慈善法). Über zehn Jahre war das Gesetz in Vorbereitung. Experten aus vielen akademischen, juristischen, sozialen und karitativen Bereichen sowie Vertreter verschiedener Hilfsorganisationen waren in den Prozess involviert. Am 1. September 2016 wird es in Kraft treten. Nicht wenige Fachleute auch im Ausland begrüßen und loben das neue Gesetz, da es explizit die Schaffung von wohltätigen Non-Profit-Organisationen in Form von Stiftungen, sozialen Organisationen oder Einrichtungen für soziale Dienste fördert, ja sogar Fernsehen, Zeitschriften und weitere Medien ermutigt, solche Organisationen vorzustellen und über ihre Projekte positiv zu informieren. Es werden klare Regeln für die Errichtung und Registrierung von Wohltätigkeitsorganisationen festgelegt, ihnen das Recht zu Fundraising-Aktionen gegeben, und für Sachspenden aus dem Ausland werden Importzölle und Umsatzsteuer reduziert oder erlassen. Umgekehrt wird eine transparente Finanzverwaltung verlangt, Rechte und Pflichten werden formuliert, so auch die Pflicht, Spendenbescheinigungen auszustellen. Zeitnahe Berichte werden eingefordert und Verwarnungen und Strafen für Missverhalten festgelegt. – Nationale und internationale kritische Stimmen merkten an, dass es Individuen nicht erlaubt



sei, ohne Registrierung (bei der zuständigen Behörde für zivile Angelegenheiten) Spendenkampagnen oder Fundraising-Aktivitäten durchzuführen, wodurch eine noch engere Überwachung der Wohltätigkeitsorganisationen und ihrer Arbeit zu befürchten sei (*Radio Free Asia* u.a.). Allerdings gibt es auch eine Bestimmung (§ 26), nach der nicht registrierte Organisationen über registrierte Organisationen für karitative Zwecke Spenden sammeln können. Kritisiert wurde außerdem, eine zu große Verflochtenheit von staatlichen Stellen und Wohlfahrtsorganisationen sei gegeben, wodurch der Regierung missliebige Projekte wesentlich schwieriger durchzuführen seien. Ferner stört viele § 15 (und § 104 betreffs des Verrats von Staatsgeheimnissen), nach dem sich Wohltätigkeitsorganisationen nicht in Aktivitäten einbringen oder solche finanzieren dürfen, die die nationale Sicherheit oder das soziale öffentliche Interesse gefährden. Ferner dürfen keine Spenden angenommen werden, die mit Bedingungen verknüpft sind, welche Vorschriften verletzen oder gegen die soziale Moral verstoßen. Internationale NGOs werden nicht explizit erwähnt, ihre Verwaltung wird in einem weiteren, international stark kritisierten „Gesetz für die Verwaltung ausländischer NGOs“ (境外非政府组织管理法) geregelt werden (MERICS Blog 18.03.2016; *Radio Free Asia* 1.04.2016; Wortlaut des Gesetzes und inoffizielle englische Übersetzung unter <http://chinalawtranslate.com/2016charitylaw>). – Zum Gesetzentwurf über ausländische NGOs siehe *China heute* 2015, Nr. 2, S. 84; Nr. 3, S. 173f.

16. März 2016:

**China Daily: Kirchen in China leiden unter Mangel an Klerus – Zahlen**  
Unter Berufung auf Mitglieder der staatlich sanktionierten kirchlichen Leitungsgremien nannte die amtliche *China Daily* folgende Zahlen: Der [offiziellen] katholischen Bischofskonferenz zufolge dienen 3.316 Priester und 5.622 Schwestern den über 6 Mio. chinesischen Katholiken. An den 10 Seminaren studieren laut Liu Yuanlong, Vizepräsident der Patriotischen Vereinigung, weniger als 800 Priesteramtskandidaten. Unter mangelndem Klerusnachwuchs leiden *China Daily* zufolge auch „die Kirchen unter der Patriotischen Drei-Selbst-Bewegung der protestantischen Kirchen in China, die im letzten Jahr über 30 Mio. registrierte (sic) Anhänger hatten“. Laut Gao Feng, dem Vorsitzenden des Chinesischen Christenrats, gibt es dort rund 5.000 protestantische Pastoren und 6.000 Älteste sowie 190.000 „Führer von Freiwilligen-

gruppen“; die protestantischen Seminare in China produzieren jährlich rund 800 Absolventen, und in den protestantischen Gemeinden Chinas werden jährlich 400.000–500.000 Menschen getauft (*China Daily* 16.03.2016).

23. März 2016:

**Nach Rechtsberatung für Kirchen in Zhejiang festgenommener Anwalt Zhang Kai freigelassen – weitere Freilassungen und Festnahmen**

Der Rechtsanwalt Zhang Kai, der im Juli 2015 die Gruppe „Rechtsanwälte für den Schutz des Kreuzes“ gegründet und mehr als 100 Gemeinden in Zhejiang, die ihre Kreuze schützen wollten, rechtlich beraten hatte, war am 25. August 2015 u.a. unter dem Vorwurf der Weitergabe von Staatsgeheimnissen an ausländische Organisationen festgenommen worden. Nach 6 Monaten „überwachten Wohnens an einem zugewiesenen Ort“ (eine Art Untersuchungshaft), in denen er weder Anwalt noch Familie treffen durfte, wurde am 25. Februar 2016 im Staatsfernsehen ein Video gezeigt, in dem er „gestand“, durch seine Handlungen die nationale Sicherheit gefährdet zu haben, und chinesische Rechtsanwälte dazu aufrief, kein Geld aus dem Ausland anzunehmen. – Am 5. Februar 2016 war bereits Pastor Huang Yizi von der Fengwo-Kirche (Kreis Pingyang, Wenzhou) freigelassen worden, der am 12. September 2015 ebenfalls in Zusammenhang mit den Kreuzdemonstrationen festgenommen und unter „überwachtes Wohnen“ gestellt worden war ([chinaaid.org](http://chinaaid.org) 5.02.; 23.03.2016; [chrnet.com](http://chrnet.com) 11.03.2016). – Siehe hierzu den Eintrag von Anfang März 2016.

24. März 2016:

**Deutscher Bundespräsident trifft den Bischof von Xi'an**

Letzte Station des ersten Staatsbesuchs von Bundespräsident Joachim Gauck in der VR China war die Stadt Xi'an, wo der Bundespräsident auch zu einem knapp einstündigen Gespräch mit dem Bischof von Xi'an, Dang Mingyan, zusammentraf.

Bischof Dang zeigte den Gästen zunächst die 300-jährige Kathedrale und führte anschließend in einem Gespräch in die Arbeit der katholischen Kirche der Provinz Shaanxi und speziell der Diözese Xi'an ein. Dabei lag ein Schwerpunkt auf der Sozialarbeit der Diözese. Bischof Dang sagte in einem Gespräch mit UCAN, Gauck habe die Arbeit der Diözese im sozialen Bereich gewürdigt und den Bischof zum Besuch nach Deutschland eingeladen. Priester Stephen Chen, der Leiter des diözesanen Sozialzentrums, bezeichnete den Besuch als sehr bedeutsam für die Förderung der karitativen Arbeit der Kirche in China. Am Vormittag hatte Gauck auch das Shaanxi Huiling-Behindertenprojekt besucht, das seit vielen Jahren von Misereor unterstützt wird. – Der Staatsbesuch, den der Bundespräsident zusammen mit Lebensgefährtin Daniela Schadt auf Einladung von Staatspräsident Xi Jinping unternahm, fand vom 19.–24. März statt. Stationen der Reise waren Beijing, Shanghai und Xi'an. Der Bundespräsident führte politische Gespräche mit Staatspräsident Xi Jinping, Ministerpräsident Li Keqiang und weiteren hochrangigen Repräsentanten der chinesischen Führung sowie mit Künstlern, Studenten, Vertretern der Religionsgemeinschaften und Menschenrechtsanwälten. Gauck hielt zudem eine Rede vor Studenten an der Tongji-Universität, in der er auch viele kritische Themen ansprach. In der Delegation waren u.a. auch die Prälaten Jüsten (Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe in Berlin) und Dutzmann (Bevollmächtigter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union). In Xi'an nahm Gauck auch an einem evangelischen Gottesdienst teil und sprach in der Großen Moschee mit dem dortigen Imam ([domradio.de](http://domradio.de) 24.03.2016; [stuttgarterzeitung.de](http://stuttgarterzeitung.de) 21.03.2016; UCAN 1.04.2016; [www.bundespraesident.de/SharedDocs/Berichte/DE/Joachim-Gauck/2016/03/160319-Reisechina.html](http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Berichte/DE/Joachim-Gauck/2016/03/160319-Reisechina.html)).

Katharina Wenzel-Teuber

Katharina Feith

Mit einem Beitrag von Willi Boehl



Der deutsche Bundespräsident trägt sich in ein Gästebuch der Diözese Xi'an ein: „Gott segne die Christen und die Kirchen dieses Landes! Joachim Gauck“. Rechts von ihm Bischof Dang sowie die Priester Stephen Chen und Franz Li Jingxi (Rektor des Priesterseminars). Foto und Text: Diözese Xi'an.